Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürsten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106; ferner bei allen Stadtpostämtern und den Zeitungsspediteuren Berlins und der Vororte.
Chef-Redakteur: **Arthur Levysohn** in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie dem illustrirten Witzblatt „ULK“, der feuilleton. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, der „Technischen Rundschau“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf., Ausland ferl. Postaufschlag; bei directer Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M.) — Inserate à Zeile 30 Pf. („General-Anzeiger“ 50 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.
Druck und Verlag von **Rudolf Mosse** in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 353. **Berlin, Donnerstag, den 15. Juli 1897.** **XXVI. Jahrgang.**

Vor der Entscheidung im Yildiz-Kiosk.

Nach unseren neuesten Informationen ist die griechisch-türkische Friedensfrage in ein entscheidendes Stadium getreten. Es wäre zwar nicht korrekt, von einem der Pforte bereits gestellten Ultimatum zu sprechen, wohl aber erklärten die Botschafter in Konstantinopel der türkischen Regierung mit dem größten Nachdruck, sie müßten auf ihre letzte, bekanntlich sehr energische Note binnen kürzester Frist einen bestimmten und klaren Bescheid erhalten. Man glaubt, den Termin mit diesem Freitag bezeichnen zu dürfen, weil der französische Botschafter an diesem Tage Konstantinopel verlassen soll. Für den Fall einer weiteren Verschleppung durch die Türkei sind die Botschafter ermächtigt, zu einer Art von Aktion zu schreiten und der Pforte eine blos nach Stunden zu bemessende Frist zu gewähren, in welcher sie eine endgiltige Entschließung zu fassen hätte. Besonderes Gewicht wird darauf gelegt, daß die Türkei klipp und klar erkläre, wann sie Thessalien räumen werde. Zugleich sind die Botschafter aber auch mit nahezu unbeschränkten Vollmachten in der Richtung ausgestattet, der Pforte eventuell jene Zwangsmaßregeln anzudrohen, die sie für zweckdienlich erachten.

Wie von sonst gut unterrichteter Seite verlautet, figurirt darunter auch das Erscheinen europäischer Kriegsschiffe vor Konstantinopel. Man versichert, daß jede derartige Maßregel rasch durchgeführt werden könnte, da eine hinreichende Anzahl europäischer Kriegsschiffe bei der Hand sei. Insbesondere soll Rußland in hohem Maße vorbereitet sein, so daß es in einem gegebenen Falle eine energische Aktion im Handumdrehen zu inszeniren vermöchte. Indessen gilt es in den best unterrichteten Kreisen als sicher, daß Rußland einen isolirten Schritt nicht unternehmen wird. Das Gleiche ist von Oesterreich-Ungarn bestimmt anzunehmen. Ueberhaupt besteht zwischen Wien und Petersburg absolutes Einverständniß, das neuerdings wieder dadurch bestätigt wurde, daß beide Staaten eine gleichartige Haltung beobachten und in allem, was den Orient betrifft, absolut einträchtig handeln.

* * *

Aus dem Vorstehenden geht zur Genüge hervor, daß man dem Sultan nicht mehr gestatten will, das bisher betriebene Schaukelspiel fortzusetzen, indem er mit seiner angeblich beschränkten Unabhängigkeit operirte. Von einem gelegentlichen Mitarbeiter wird uns mit Bezug darauf aus Konstantinopel über die **Lage des Sultans** geschrieben:

„Man beginnt in sehr gut unterrichteten Kreisen den häufig wiederkehrenden und von Vielen auch geglaubten Angaben, als wäre Sultan Abdul Hamid in seinen Entschlüssen gehemmt, nachgerade einige Zweifel entgegen zu setzen. Der Verdacht ist aufgetaucht, daß es dem Großherrn in seine Berechnungen paßt, vor Europa in dem Lichte zu erscheinen, daß er nicht so handeln könne, wie er wünschte. Wenn berichtet wurde, er möchte gern nachgeben, getraue sich aber wegen der Militärpartei und der Erregung in der mohammedanischen Bevölkerung nicht, dies zu thun, so stehen dem mehrfache Umstände entgegen, die bisher keine genügende Würdigung gefunden haben. Eine europäischer Staatsmann that darüber einige Aeußerungen, die Beachtung verdienen. Dieselben lassen sich etwa wie folgt sinngemäß wiedergeben:

„Der Kundige ist überzeugt, daß der Sultan es ganz in seiner Hand hat, seine Umgebung nach Belieben frei zu wählen. Er hat in der That seinen mächtigsten Günstling schon einige Male weggeschickt; wenn er denselben dann immer wieder an seine Seite berief, so that er dies aus freien Stücken; nie hat auch nur das Geringste verlautet, daß er dazu gezwungen worden wäre. Es wäre auch unerfindlich, worin ein solcher Zwang bestehen, und wer ihn ausüben sollte. Von einer wirklichen Beengung des großherrlichen Willens durch Günstlinge kann sonach im Ernste keine Rede sein; nur indirekt kann eine solche bis zu einem gewissen Grade vorhanden sein.

Was die Minister anbelangt, so sind gerade die jetzigen für türkische Verhältnisse ungewöhnlich lange im Amte. Trotz aller Eigenartigkeit des Regierungssystems in der Türkei wagt doch kein Minister dort, den Willen des Padischah zu ignoriren. Man weiß, daß die Ministerrathsbeschlüsse gleich Null sind, wenn sie der Sultan nicht sanktioniren will. Noch viel weniger als anderwärts haben in der Türkei die Minister Bewegungsfreiheit. Alle Entscheidungen gehen nur vom Yildiz-Kiosk aus. Die Regierung kann es daher ebenso wenig sein wie die andere nächste Umgebung des Sultans, die ihn zwingen würde, einen bestimmten Weg zu gehen.

Die sogenannte Militärpartei aber, die man in der letzten Zeit als die Kriegspartei zu bezeichnen pflegte, kommt entgegen allem, was man darüber verbreitet, in der großen Politik doch nur sehr wenig in Betracht. Es ist nicht zu leugnen, daß sie existirt und manchmal ihre Wünsche bis vor den Sultan gelangen läßt, aber es ist ein äußerst seltener Fall, der seit vielen Jahren nicht mehr vorgekommen ist, daß sie einer Willenskundgebung des Sultans gegenüber sich nicht fügen würde.

Die muselmanische Bevölkerung endlich befindet sich allerdings in einer gewissen Gährung, die Erfolge der Waffen sind ihr zu Kopfe gestiegen und haben ihren Chauvinismus geweckt. Allein dies gilt doch nur von einem kleinen Bruchtheil dieser Bevölkerung. Die Massen sind leicht lenkbar, ihnen sind nach den Vorschriften des Koran die Entschließungen des Nachfolgers des Propheten heilig. Wenn diese Massen sich erregt geberden, wenn sie in Fanatismus gerathen, so sind sie aufgestachelt worden. Ihre wildesten Ausschreitungen wurden von oben angezettelt, wie ja auch die blutigen Ereignisse der letzten Jahre dargethan haben. Massacres entstanden, wenn man solche in höheren Regionen für zweckdienlich hielt, und sie hörten mit einem Male auf, sobald in diesen Regionen die Zeit dazu für gekommen erachtet wurde. Kürzlich, als die Friedensverhandlungen unterbrochen werden mußten, die Großmächte bezweigen aber einen scharfen Ton anschlugen, tauchte urplötzlich die Kunde auf, daß eine ernste Bewegung unter den Moslemiten sich bemerkbar mache, und daß einige Botschaften sich bereits veranlaßt sahen, Sicherheitsmaßregeln zu treffen. Etwas Wahres ist daran, aber das Zusammentreffen bleibt charakteristisch. Seit diesen alarmirenden Nachrichten sind einige Tage vergangen, und man hat nichts weiter darüber gehört.

Es ist nun ganz wohl möglich, daß in irgend einem gegebenen Moment Unruhen ausbrechen, aber man wird dann wissen, wenn die Verantwortung dafür zufällt. Gährungen und Volksausbrüche, die sich einstellen, just wenn man sie braucht, sind auf ihren Ursprung leicht zu prüfen. . . .“

So weit der europäische Staatsmann. Seine Darstellung ist im Wesentlichen wohl zutreffend, aber gerade daraus darf man die Hoffnung auf ein baldiges Einlenken der Türkei schöpfen. Es ist besser und einfacher, daß man es mit dem Sultan allein zu thun hat und nicht auch mit allerlei unfaßbaren Faktoren. Der Sultan aber steht nach übereinstimmenden glaubhaften Berichten unter dem Eindruck der letzten energischen Schritte mehrerer europäischen Souveräne und der Diplomatie. Im Augenblick wenigstens hält man diesen Eindruck für stark genug, daß der Sultan seinen Widerstand gegen den Friedensschluß aufgeben werde.“

* * *

Der offiziöse Draht berichtet aus Konstantinopel, daß in sämmtlichen **Antworten der Souveräne** der Großmächte dem Sultan ernstlich angerathen wird, in der Grenzfrage nachzugeben. Die Antwort des deutschen Kaisers habe besagt, die deutsche Regierung werde die Forderung des Sultans nochmals erwägen. Die deutsche Regierung habe sodann durch den Botschafter in Konstantinopel, Freiherrn Saurma v. d. Jeltsch, dieselben ernsten Vorstellungen, in der Grenzfrage nachzugeben, machen lassen. Der Kaiser von Rußland soll in seiner Antwort mit Repressalien in Kleinasien gedroht haben, wenn Thessalien nicht geräumt werde. Der Sultan hätte geantwortet, er werde suchen, die Fürsprache des Kaisers von Rußland zu berücksichtigen; er lehne aber die Verantwortung für die Folgen des Eindruckes ab, den die gänzliche Preisgabe Thessaliens auf das Volk und das Heer machen werde.

* * *

Kanea, 14. Juli. (W. T. B.) [Meldung der „Agence Havas“.] Gegenwärtig kommen viele Aufständische hierher, um Lebensmittel zum Verkauf zu bringen. Die Mohamedaner suchen sie daran zu verhindern und sagen, es seien Erzeugnisse, die von den verlassenen Besitzungen der Mohamedaner gestohlen wurden; dabei schlugen sie einen ihrer Glaubensgenossen, der von einem Christen eine Traube kaufte. Es herrscht große Erregung.

---

* Aus **Wiesbaden** telegraphirt unser Z-Korrespondent: Anläßlich der gestrigen Abschiedsfeier zu Ehren des für Berlin neu ernannten **Professors der Sozialwissenschaft Dr. Reinhold** hielt Letzterer vor den hiesigen Juristen eine Rede, in welcher er sein Programm entwickelte. Der „Rheinische Kurier“ bringt in zwei Leitartikeln: „Die Grundcharakteristik der Stellung des Katheder-Sozialismus und der gegenwärtigen Regierungspolitik, deren gemeinsamen Irrthum er in einer Ueberschätzung der Möglichkeit, auf den Weltlauf einzuwirken, und in einer verkehrten Stellung zum Problem der Freiheit erblickt. Das Wirksamste und vielfach allein vorhandene Mittel zur Lösung der gesellschaftlichen und volkswirthschaftlichen Probleme sei nur die Freiheit. Bei Besprechung der Monarchie sagte Reinhold: Das Königthum ist heute völlig unvermögend, große reformatorische Thaten oder eine wirkliche Umwälzung in der Volkswirthschaft und in der Gesellschaft durchzusetzen. Dies kann allein ein zwar stark regiertes, aber freies Volk. Nur auf einer — nicht formell, aber dem Wesen nach — demokratischen Grundlage ist der Versuch einer klugen Sozialpolitik möglich. Als wesentlichen Theil seines Lehrberufes will es der Redner betrachten, der völlig thörichten Furcht vor dem Sozialismus entgegenzutreten. Hinsichtlich der nächsten Wahlen glaubt Professor Reinhold, daß die einmüthige Frontstellung eines verärgerten Volkes gegen die Regierungsgewalt zum Ausdruck kommen werde. Die gegenwärtige Regierungsmethode sei eine Gefahr für Preußen und Deutschland. Das deutsche Volk werde durch die nächstjährigen Wahlen deutlich zeigen, daß es so nicht weiter regiert sein will. Die Rede wurde sehr beifällig aufgenommen.

---

* Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bleibt dabei, man werde es nicht für angezeigt erachten, unmittelbar vor den im nächsten Jahre nothwendig werdenden **allgemeinen Neuwahlen zum Abgeordnetenhause** eine **Aenderung der Wahlrechtsnovelle** von 1893 eintreten zu lassen. Die damalige Zusage einer Revision des Gesetzes werde seinerzeit erfüllt werden; das heißt nach den nächsten Neuwahlen. Die Herren v. d. Recke und Genossen sind eben mit der jetzigen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses durchaus zufrieden. Die „Unzufriedenen“ werden dafür zu sorgen haben, daß der Herrschaft der Reaktion trotz des ungünstigen Wahlrechts ein Ende gemacht wird.

---

* Eine sehr **zeitgemäße Verfügung** hat die Regierung zu Frankfurt a. O., Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen, erlassen. In derselben werden die Schulinspektoren ersucht, vor der Einreichung an sie gelangender Beschwerden über die Dienstführung oder den Wandel einzelner Lehrer, ohne erst einen Antrag des Beschuldigten abzuwarten, sofort das Thatsächliche in geeigneterweise festzustellen und unter vollständiger Mittheilung des Ergebnisses den betreffenden Lehrer verantwortlich zur Sache zu hören. Ueber dessen Kopf hinweg Anzeige zu erstatten, ist daher nicht angängig. Die Verfügung verdient gewiß vollste Zustimmung. Leider wandelt die Unterrichtsverwaltung sonst auf anderen Pfaden. Während früher jedem Lehrer bei Bewerbungen um andere Stellen das von seinem Schulinspektor ihm ausgestellte Zeugniß ausgehändigt wurde, ist jetzt die Berichterstattung von Behörde zu Behörde eingeführt, so daß der Lehrer nicht mehr erfährt, welches Urtheil über ihn gefällt ist, und eine neuerlich ergangene Verfügung des Kultusministers ordnet an, daß die den Lehrern bei Ablegung der Mittelschullehrer- und Rektorprüfung von den Schulinspektoren ausgestellten Zeugnisse „bei den Akten bleiben“ sollen, also ebenfalls nicht zur Kenntniß der Betheiligten gelangen. Ebenso sind die geheimen Konduitenlisten, wenigstens in einzelnen Bezirken, in Gebrauch. Aufscheinend hat dieses ganze System der geheimen Berichterstattung bereits üble Früchte gezeitigt. Schädiges Denunziantenthum kann eben nur fern gehalten werden, wenn jedem Beamten Gelegenheit gegeben wird, sich gegen falsche Anklagen und ungerechte Beurtheilungen von vornherein zu vertheidigen.

---

* In Nummer 331 und 341 berichteten wir nach der „Pos. Ztg.“ über ein Blatt, das in einem aufdringlichen Brief, der Ausdrücke wie „schockschwerenoth“ enthält, **Inserate von Landwirthen** zu erlangen suchte. Wir kannten den Namen des Blattes nicht, erfahren jetzt aber, daß es sich um ein **„Landwirthschaftliches Offertenblatt“** in Berlin handelt, und daß dieses Organ auch jetzt noch das damals gekennzeichnete Schreiben verschickt. Ein Freund unseres Blattes schreibt uns nämlich unter dem 13. d. M.:

„Vor einigen Tagen schrieben Sie, daß die „Deutsche Tageszeitung“ Sie wegen Abdruck eines Artikels aus der „Posener Zeitung“ angreift. Da Sie nicht informirt waren, von welcher Zeitschrift der grobe Brief stammt, so sende ich Ihnen heute ein ebenso grobes Schreiben ein, welches ich soeben erhielt. Die „D. T. Z.“ greift Sie nur deshalb an, weil das „B. T.“ immer auf der Höhe der Zeit steht. Wenn Sonntags die Nummer des Tageblattes kommt, so wird den Herren der „D. T.-Z.“ schwarz vor Augen wegen der vielen Inserate. Ich hatte vor längerer Zeit Gelegenheit, den Redakteur eines Anzeigenblattes nur deshalb auf Sie schimpfen zu hören. Klopperei gehört bei diesen Leuten zum Handwerk. Mit vorzüglicher Hochachtung . . . .“

Das beigelegte Schreiben lautet wörtlich:

Sehr geehrter Herr Geschäftsfreund!

Wir warten auf Ihren Insertionsauftrag. Bedenken Sie wohl, daß die durchaus feldtackig gewordene Konkurrenz Sie überflügelt. (Siehe unsere letzten Nrn.) Alle Fachleute, Vereine rc. im In- und Auslande lesen unsere seit Jahren bestehende Zeitung und kaufen bei unseren Inserenten. Erfolg sicher! Ihre Geschäftsrivalen, schockschwernoth, verdienen durch uns Geld wie Heu. Bitte, versuchen Sie es mit uns. Anhängende Karte dient nur zur Aufgabe von Probeinseraten jetzt oder später. Gratis-Besprechung der wohlgenährten Inserate.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Landwirthschaftliches Offerten-Blatt.

Berlin W. 62. 12. 7. 97.

Dieser Erguß ist am **12. d. M.** aus Berlin abgegangen. Das Geschäft wird also auch jetzt noch mit denselben Mitteln betrieben, die ein großer Theil der Presse gleich uns gebrandmarkt hat.

---

* Bei den **Zwangsversteigerungen in Preußen** im Jahre 1896 ist nach einer im „Justizministerialbl.“ veröffentlichten Zusammenstellung sowohl die Gesammtzahl der versteigerten Grundstücke wie die der darunter befindlichen

Hierzu die Beilage „Mittheilungen über Landwirthschaft rc.“ Nr. 28 und „Ziehungs-Liste“ Nr. 20.